

Die neue Zeitungszeitung für die Provinz Sachsen

1922 Nr. 113 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 215

Bezugspreis: monatlich 15.— ohne Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Buchhändler und andere Zustellstellen entgegen.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Bestimmung 6809 und 9510. — Postfach 20512.

Morgen-Ausgabe
Mittwoch, 8. März

Anzeigenpreis: Die Spalte 14 mm mit 8 mm-Bildhöhe 120.— Die Spalte 90 mm breit mit 14 mm-Bildhöhe 800.— Anzeigen nach unten. Anzeigenort Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernauer Str. 80. Fernruf zum Kurstift Nr. 4360
Claene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Rathenausrede

Verhandlungen des Hauptausschusses

Berlin, 7. März.

Zum Hauptausschuss des Reichstags sprach heute der Reichsminister des Innern Dr. Rathenau bei Gelegenheit der Beratung des Haushaltsplans seines Ministeriums über das Reparationsproblem. Der Minister führte aus, daß gegenüber dem Reparationsproblem drei Aufgaben in Deutschland erkennbar seien. Die erste Aufgabe ginge dahin, es müsse festgelegt werden, ob und inwieweit die Reparationsleistungen abgelehnt werden, weil sie für Deutschland nicht getragen werden können. Eine solche Politik könnte man als Katastrophopolitik bezeichnen. Die zweite Aufgabe ginge dahin, das was man bis zu einem bestimmten Maße sich dem Reparationsproblem nähern dürfe, das man aber mit aller Offenheit erklären sollte, die Leistungen seien vollkommen unerfüllbar, und es habe überhaupt keinen Zweck, sie in irgendwelcher bedeutender Ausmaß in Erwägung zu ziehen. Diese Politik würde bedeuten, als die Politik mangelnder Psychologie und Erkenntnis der Weltlage. Die dritte Aufgabe ginge dahin, eine Verpflichtung zur Reparation für das Reich geschaffen durch die Unterzeichnung der entsprechenden Stellen. Diese Verpflichtung vertrat auch die Reichsregierung. Sie ging davon aus, daß unter allen Umständen der Versuch gemacht werden müsse, den ebenfalls davon zu zeigen, daß Deutschland bereit sei, bis an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit zu gehen.

Der Minister führte dann noch eine mißverständliche Auffassung seiner Rede auf, die er im Reichstag über das Reparationsproblem gehalten hatte. Der Minister hatte damals erklärt, daß das Reich die Erfüllung seiner durch die Frage, wie weit man ein Volk in Not geraten lassen dürfe. Dieses überlasse er unterirdisch und unterirdisch er meinte, denn darin wäre die höchste Verpflichtung in sich zu halten, nur bis zu dem Punkte zu gehen, den der Staatsmann verantworten könne. Jede andere Auslegung dieser Worte sei mißverständlich oder böswillig. Die Erörterung hat dann noch gezeigt, daß die Fragestellung „Möglichkeit oder Unmöglichkeit“ der Erfüllung für das Reparationsproblem überhaupt nicht von entscheidender Bedeutung ist. Vielmehr hat sich gezeigt, daß eine weitere Frage bedeutend stärker hervorragt, nämlich die: Wie weit eine Reparationsleistung Deutschlands überhaupt für die übrigen Völker erträglich ist; denn die auf den Weltmarkt gebende Zwangsarbeit eines Landes führte dazu, den gesamten Markt der Erde zu gefährden.

Psychologisch habe sich das Vorgehen der Regierung als richtig erweisen. Die Sprache der Tatsachen sei zu stark gewesen, daß heute in allen Ländern das Reparationsproblem von neuem studiert werden müsse. Gerade in diesem Momente schwebt die Verhandlungen darüber, auf welches Wege die Reparationen für das Jahr 1922 gegreift werden sollen.

Die praktische Politik der Regierung führte als erste Schritte nach Wien. In Wien haben sich die Verhandlungen eine Unterlage der Durchführbarkeit zu geben. Der Bericht der Sachverständigen trat in den Vordergrund. Der Minister betonte, daß notwendigerweise die zerstörten Gebiete Frankreichs wieder hergestellt werden müssen. Solange sie als Hindernis zwischen Deutschland und Frankreich liegen, werden sie ein Hindernis zwischen den Völkern bleiben. In Wien haben sich die Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich hergestellt, das auch auf andere Sinaien seine Anwendung finden konnte. Während das Ergebnis von Wien absehbar nach außen hin den bestmöglichen Erfolg gezeigt habe, sei es im Innern zum Anlaß einer schärferen Agitation und Kontroverse geworden, und zwar nicht nur gegen die Sachverständigen, sondern die Argumentationen, die dieser Kontroverse zur Unterlage dienen, machten es jedoch jedem Unvoreingenommenen klar, daß es weniger wirtschaftliche als politische Fragen waren, die diese innerpolitische Agitation gegen Wien absetzten. In diesem Zusammenhang

Eine Rede Eberts

Weslern sprach Präsident Ebert im Anschluß an eine Vertretungsaussprache des Reichstags über die Bedeutung des deutschen Exporthandels im Hinblick auf die Aufgaben der Weimarer Weisung. Er hob hervor, daß in den letzten Monaten dadurch, daß die Ausfuhr die Einfuhr übersteigt, die Handelsbilanz etwas aktiv geworden ist. Das darf zu keinem Optimismus Anlaß geben, denn sie beruht auf keinen gesunden Vorgängen. Vor allem Dingen sei es nötig, daß unsere Volkswirtschaft sich in gesunden Bahnen bewegt. Die Voraussetzungen dazu seien gegeben.

Er schloß mit den Worten: An der Stelle der Tatsachen und Ereignisse, welche der wirtschaftlichen Verständigung der Völker dienen können, ist die Weimarer Weisung nicht das letzte und nicht das unwichtigste Glied. Wir treffen hier die Kaufleute der ganzen Welt, hier wird Angebot und Nachfrage der Völker ausgesprochen, hier kommen in friedlichem Wettbewerb In- und Ausländer im großen Umfang zusammen. So ist die Leipziger Messe,

lang wie der Minister auf verschiedene Widersprüche in der Begründung der Agitation gegen Wien abhing. Überwiegend, wie sie sich dann auch bei der innerpolitischen Kontroverse bezüglich der Konferenz von Genua wiederholten. Das Ergebnis von Genua sei kein negatives gewesen, wenn auch durch die Amtsinhaberlegung des französischen Ministerpräsidenten die Konferenz leider nicht zu Ende geführt werden konnte. Genua habe es möglich gemacht, den Vertretern, der früher aus gegnerischen Nationen die gesamte heutige Situation darzulegen. Ferner sei es in Genua dann gelungen, daß eine Konferenz aller Nationen für Genua in Aussicht genommen wurde.

Der Minister in der deutschen Öffentlichkeit, den Genua geglaubt habe, sei nicht ohne Widerspruch gewesen. Einerseits erkläre ein Teil der feindlichen Kontroverse das Ergebnis von Genua für wertlos, weil Genua angeblich von keiner Bedeutung für das Reparationsproblem sein könne. Andererseits wurden von gleicher Seite die Völker der Welt dahin ausgelegt, daß dadurch die letzte Hoffnung für Deutschland auf eine Besserung des Reparationsproblems entfallen würde. Entweder sei nun aber in Genua etwas erreicht worden, nämlich das Zusammenkommen der Konferenz von Genua, aber die Genuaer Konferenz sei ohne Bedeutung, dann könnten aber die Völker der Welt nichts verlieren. Der Minister erklärte, daß er nie erwartet habe, daß einem aus 40 nicht durchweg am Friedenvertraut beteiligten Nationen bestehenden Gremium, wie es die Genuaer Konferenz darstellte, das Reparationsprogramm und der Bericht über den Verlauf der Verhandlungen unterbreitet werde. Dafür sei Genua niemals der Ort gewesen, woher aber werde die Möglichkeit gegeben sein, daß in Genua die allgemeinen Urteile der Weltöffentlichkeit erörtert werden und daß die Nationen gemeinschaftlich sich solchen Wegen suchen, die zu einer Lösung des ganzen Kontingents führen. Genua sei eine Genua gewesen, die voraussetzungslos dieses Jahr und das nächste Jahr in Anspruch nehmen werden. Die Völker seien heute noch zu weit entfernt von der Klarheit über die Erklärungsansätze der ganzen Weltwirtschaft, als daß man annehmen könne, es könnten sofort endgültige Heilungsprozesse vorgenommen werden.

Minister Rathenau erklärte im weiteren Verlaufe seiner Rede u. a. folgendes: Die Defizitabrechnungen hätten den Bedarf bereits höchst ungünstig beeinflusst. Es sei möglich, daß daran die Spekulation des Auslandes beteiligt sei, in dessen Händen sich ja eine große Menge deutschen Geldes befände. Immerhin werde es nicht an der Möglichkeit einer Weltwirtschaftlichen Krise liegen, die die Möglichkeit zu mündlicher Aussprache. Wer allem was darauf an, ob Amerika, dessen Eintritt in den Krieg den Krieg entschieden, dessen Eintritt in den Frieden den Frieden entschieden habe, nun auch zur Weltwirtschaft das Seine beitragen werde. In wünschen wäre eine Weltwirtschaft, aus der die empfindlichsten Staaten befreit werden könnten, aus eigenen Mitteln können wir es nicht. Nach Genua werden wir mit tiefer Vorbereitung gehen und versuchen, Vertrauen zu erwecken und unser Recht zu wahren. Wir hoffen, aus einer passiven Politik in eine aktive übergehen zu können.

Nach der Rede Rathenaus begann in Halle eine öffentliche Debatte. In ihrem Verlauf sprach der Abgeordnete G. H. G. (Hannb., Saal (Dem.) und D. (Zp.). In dem Vortrag einer Anfrage sagte Rathenau noch über die Wiederaufbaufrage, er würde es für falsch halten, daß Deutschland sich ausschließlich von dem Wiederaufbaukonventionen in London, das sich ja nicht auf Ausland allein beschränke, sondern ein Wiederaufbaukonvention für Mittel- und Osteuropa sei. Deutschland leide und verleihe die russische Psychologie gut und es lenne auch die russischen Interessen gut und achte sie. Mit diesem Konventionen ist nicht im entferntesten der Gedanke einer Abgrenzung verknüpft. Die Konvention eines zivilisierten Landes müsse unbedingt zurückgewiesen werden. Hier handle es sich nur um eine Kooperation, um Osteuropa zu Hilfe zu kommen. Deutschland werde niemals dergleichen, Auslandes Gegenwart und Zukunft in Rechnung zu ziehen. Auch mit intellektuellen Kräften werde Ausland getroffen werden.

die auf eine mehrwundertägige Geschäfts zurückzuführen kann, immer ein wichtiger Faktor gewesen für die wirtschaftliche Entwicklung der Völker, und heute ist sie mehr als dies: sie ist Schriftmacher und Kampfer für die Wiederherstellung der Weltwirtschaft. In diesem Sinne gilt für und ihren Verantwortern mein Gruß; in dieser Hoffnung gelten ihnen der Reichsregierung und meine besten Wünsche.

Eine große wirtschaftspolitische Rundgebung, veranstaltet vom Reichsverband der Rheinländer, findet während der Messezeit in Leipzig am 10. März, abends 8 1/2 Uhr im großen Festsaal des Zentraltheaters statt, in welchem folgende Reichstagsabgeordnete sprechen werden: Oberbürgermeister a. D. Dr. Wolf-Dunsoberg über: „Die gesellschaftliche Wirtschaft“, Dr. Meerfeld-Klein über: „Die Stellung der rheinischen Arbeiter zu den Rheinländerfragen“, Verwaltungsdirektor Rogel über: „Das Saargebiet unter französischer Fremdberrschaft“, Professor Dr. Wolbenhaar-Klein über: „Frankreichs Rheinlandpolitik“, Herrmann-Schnitzel über: „Die europäische Kultur und farbige Gruppen“.

Die bürgerlichen Parteien im Kampfe gegen die Zwangswirtschaft

Von Landwirt B. in d., Mitglied d. Reichstags.

Als der Wahlkampf zu den Reichstagswahlen von 1920 begann, trat zum ersten Male der Reichslandbund als Organisation der Landwirtschaft auf den Plan. Der Reichslandbund hatte das Bestreben, alle bürgerlichen Parteien für seine Forderungen zu interessieren, um die Freiheit der Landwirtschaft in wirtschaftlicher Beziehung wieder zu erkämpfen. Alle bürgerlichen Parteien erklärten sich bereit, an dem Abbau der Zwangswirtschaft heranzugehen, um dem Landwirt die Möglichkeit zu geben, seine Gesamtproduktion wieder steigern zu können. Die Verschleierung und dauernde Entwertung unserer Wälder mochte es zur Bedingung, die Ernährung unseres Volkes aus eigener Scholle zu garantieren. Daß die Zwangswirtschaft eine Produktionssteigerung nicht zuließ und den Willen zur Vermehrung der Produktion nicht förderte, hatten uns die letzten Jahre deutlich gezeigt. Alle bürgerlichen Parteien, darunter auch das Zentrum, versuchten, sich die landwirtschaftlichen Forderungen zu unterstellen. Die Forderungen des Reichslandbundes gingen aber eigentlich weit tiefer. Der Landbund wollte nicht allein die Vertretung seiner Forderungen anerkannt sehen, sondern er verlangte, daß die bürgerlichen Parteien an maßgebende Stellen die vom Reichslandbund vorgeschlagenen Kandidaten auf ihre Listen nahmen. Diese Forderung wurde nun von der Deutschen Volkspartei und von der Deutschen Nationalen Volkspartei anerkannt. Bei den Vertretungen der landwirtschaftlichen Berufsklassen zeigte es sich sehr bald, daß die Deutsche Nationalen Volkspartei ohne irgendwelche Abweichungen und ohne irgendwelches Nachgeben für die wirtschaftliche Freiheit der Landwirtschaft eingetreten ist. Die Deutsche Volkspartei hat, soweit es sich um die Zwangswirtschaft handelte, ihren Landwirten in der Reichstagsfraktion die Möglichkeit gelassen, die deutschen Interessen, die immer von der gesamten Fraktion unterzeichnet waren, mit zu unterzeichnen. Das Zentrum und die Demokraten nahmen hier immer eine schwankende Haltung von Fall zu Fall ein. Ganz besonders das Zentrum machte niemals eine klare Zusage, sondern entschuldigte sich immer damit, die Partei müsse erst hören, wie der Ernährungsminister dazu stünde. Dieser schwankende Haltung des Zentrums wurde jetzt im Hauptausschuss des preussischen Landtags dadurch die Krone aufgesetzt, daß das Zentrum mit vier gegen zwei Stimmen gegen den deutschen Antrag und für die Fortführung der Zwangswirtschaft stimmte. Dem nächsten Beobachter war es bisher schon klar, daß die Arbeiterfraktion des Zentrums sowohl in Reichs- und Landtagsfraktionen durch Wirksamkeit und Politik die Oberhand haben, und daß die Kreise, die von früher gewohnt waren, die landwirtschaftlichen Interessen ehrlich zu vertreten, zurückgedrängt sind. Bisher hat das Zentrum die im Reichslandbund und in den Christlichen Bauernvereinen zusammengeschlossenen Landwirte dadurch zu halten versucht, daß es auf seine Vergangenheit und die hierdurch beobachtete Haltung in landwirtschaftlichen Fragen hingewiesen hat. In der Gegenwart sieht man anders aus. Die katholischen Landwirte müssen sich heute eines anderen belehren lassen. Das Zentrum von heute ist durch die erwiderten Einflüsse nach links gebunden, und diese Bindung nach links hat zur Folge, daß die landwirtschaftlichen Interessen zurückgestellt sind und daß, um die Arbeiter des Zentrums mit den Sozialisten im Bunde besonders sichere Seiten zugewandt werden. Es ist an der Zeit, daß sich alle Landwirte darüber klar werden, wo ihre zuverlässige Interessenvertretung liegt. Die Deutsche Nationalen Volkspartei hat auch die Interessen anderer Berufsklassen zu vertreten, ist aber ihren Grundrissen treu geblieben, die darin liegt, daß kein Staat und kein Reich bestehen kann ohne eine leistungsfähige und gesunde Landwirtschaft. Unsere gegenwärtige Verarmung macht diesen Grundriss noch mehr zur Lebensbedingung des Reiches. Wenn es nicht gelingen sollte, unser Volk aus eigener Scholle zu ernähren, so haben wir der gänzlichlichen Verarmung entgegen. Das Hilfswort der bürgerlichen Landwirtschaft, dessen Zweck ist, unser Volk aus eigener Scholle zu ernähren, um den Weltmarkt zu entlasten, kann nur gelingen, wenn der Landwirtschaft gänzliche Freiheit in ihrem Wirtschaftsbereich zugesichert wird. Jeder Eingriff durch irgendwelche Arten der Zwangswirtschaft macht die Durchführung dieses Hilfswortes unmöglich. Es ist ein trauriges Zeichen unserer Zeit, daß man nur der Landwirt-

Devisen-Notierungen

Table with columns for location (Amst.-Rott., Buenos Aires, etc.), date (1900/1899), and exchange rate.

Berlin, 7. März.

Table with columns for location (New-York, Paris, etc.), date (1900/1899), and exchange rate.

Wieder höhere Preise angelegt. Die Werte befinden sich bei den meisten...

Berliner Produktenmarktpreise.

Table listing various agricultural products like Weizen, Roggen, Hafer, etc., with their respective prices and market status.

Hafener Strohdrahtpreis 65-65, Strohdrahtpreis 65-65, Leinwand...

Leipziger Notierungen

Table listing various goods and their prices in Leipzig, including Chemnitz Bankverein, Leipziger Hypothek, etc.

Chemnitz Bankverein, Leipziger Hypothek, Leipziger Zuckerfabrik, etc.

Berliner Börse vom 7. März 1902.

Main market data table with multiple columns for different categories: Festverzinsl. Wertpapiere, Ausl. Eisen-Aktien, Industrieketten, etc., listing various securities and their prices.

Die elektrische Futterkonservierung

Die in anderen Gegenden Deutschlands schon mit gutem Erfolg schon angewandte Futterkonservierung mit Elektrizität wird dem Vernehmen nach auch Eingang in die Landwirtschaft der Provinz Sachsen finden.

Der „geriffene“ Postkassens

Das Geriffelte wird berichtet: Der Postkassens ist hier infolge einer unergiebigen Lieberfährtheit in den Besitz eines recht billigen Grundstücks gelangt. Er hat das Geriffelte Postgebäude mit Garten, den Laufwegen und sonstigen Anlagen gegen 30000 Mark für den Preis von 80000 Mark, zuzüglich und schriftlich festzusetzender Kaufpreiskosten, erworben.

Das Geriffelte hat das Postgebäude bisher von den Laufwegen Erben gemietet, er zahlt jährlich 6000 M. Miete, von diesen hatten die Laufwege Erben jährlich 2000 M. Miete abzuführen und außerdem die Vermögensgegenstände des Postkassens zu tragen. Im Mietvertrag war ein Verkaufsvorbehalt des Postkassens für das Postgebäude vorgesehen, und zwar zu dem genannten Preise von 80000 M. Bekanntlich sind durch eine Verordnung der Volkseigenen Betriebe Verträge in ihrem materiellen Teil für unwirksam erklärt worden, und später hat diese Ungültigkeitserklärung gesetzliche Bestätigung erfahren.

Das Geriffelte hat die (Futterzubereitungs-) Anstalt in der Provinz Sachsen zu übernehmen beabsichtigt, und hat sich hierzu von dem Postkassens ein Grundstück für den Preis von 80000 M. gekauft.

Das Geriffelte hat die (Futterzubereitungs-) Anstalt in der Provinz Sachsen zu übernehmen beabsichtigt, und hat sich hierzu von dem Postkassens ein Grundstück für den Preis von 80000 M. gekauft.

Das Geriffelte hat die (Futterzubereitungs-) Anstalt in der Provinz Sachsen zu übernehmen beabsichtigt, und hat sich hierzu von dem Postkassens ein Grundstück für den Preis von 80000 M. gekauft.

Das Geriffelte hat die (Futterzubereitungs-) Anstalt in der Provinz Sachsen zu übernehmen beabsichtigt, und hat sich hierzu von dem Postkassens ein Grundstück für den Preis von 80000 M. gekauft.

Das Geriffelte hat die (Futterzubereitungs-) Anstalt in der Provinz Sachsen zu übernehmen beabsichtigt, und hat sich hierzu von dem Postkassens ein Grundstück für den Preis von 80000 M. gekauft.

Das Geriffelte hat die (Futterzubereitungs-) Anstalt in der Provinz Sachsen zu übernehmen beabsichtigt, und hat sich hierzu von dem Postkassens ein Grundstück für den Preis von 80000 M. gekauft.

Das Geriffelte hat die (Futterzubereitungs-) Anstalt in der Provinz Sachsen zu übernehmen beabsichtigt, und hat sich hierzu von dem Postkassens ein Grundstück für den Preis von 80000 M. gekauft.

Das Geriffelte hat die (Futterzubereitungs-) Anstalt in der Provinz Sachsen zu übernehmen beabsichtigt, und hat sich hierzu von dem Postkassens ein Grundstück für den Preis von 80000 M. gekauft.

Das Geriffelte hat die (Futterzubereitungs-) Anstalt in der Provinz Sachsen zu übernehmen beabsichtigt, und hat sich hierzu von dem Postkassens ein Grundstück für den Preis von 80000 M. gekauft.

Das Geriffelte hat die (Futterzubereitungs-) Anstalt in der Provinz Sachsen zu übernehmen beabsichtigt, und hat sich hierzu von dem Postkassens ein Grundstück für den Preis von 80000 M. gekauft.

Das Geriffelte hat die (Futterzubereitungs-) Anstalt in der Provinz Sachsen zu übernehmen beabsichtigt, und hat sich hierzu von dem Postkassens ein Grundstück für den Preis von 80000 M. gekauft.

Das Geriffelte hat die (Futterzubereitungs-) Anstalt in der Provinz Sachsen zu übernehmen beabsichtigt, und hat sich hierzu von dem Postkassens ein Grundstück für den Preis von 80000 M. gekauft.

Der Rahnertekamp

Der Rahnertekamp: Die Rahnertekamp. In der Angelegenheit betr. die Rahnertekamp. Die Rahnertekamp.

Die Rahnertekamp: Die Rahnertekamp. In der Angelegenheit betr. die Rahnertekamp. Die Rahnertekamp.

Die Rahnertekamp: Die Rahnertekamp. In der Angelegenheit betr. die Rahnertekamp. Die Rahnertekamp.

Die Rahnertekamp: Die Rahnertekamp. In der Angelegenheit betr. die Rahnertekamp. Die Rahnertekamp.

Die Rahnertekamp: Die Rahnertekamp. In der Angelegenheit betr. die Rahnertekamp. Die Rahnertekamp.

Die Rahnertekamp: Die Rahnertekamp. In der Angelegenheit betr. die Rahnertekamp. Die Rahnertekamp.

Die Rahnertekamp: Die Rahnertekamp. In der Angelegenheit betr. die Rahnertekamp. Die Rahnertekamp.

Die Rahnertekamp: Die Rahnertekamp. In der Angelegenheit betr. die Rahnertekamp. Die Rahnertekamp.

Die Rahnertekamp: Die Rahnertekamp. In der Angelegenheit betr. die Rahnertekamp. Die Rahnertekamp.

Die Rahnertekamp: Die Rahnertekamp. In der Angelegenheit betr. die Rahnertekamp. Die Rahnertekamp.

Die Rahnertekamp: Die Rahnertekamp. In der Angelegenheit betr. die Rahnertekamp. Die Rahnertekamp.

Die Rahnertekamp: Die Rahnertekamp. In der Angelegenheit betr. die Rahnertekamp. Die Rahnertekamp.

Die Rahnertekamp: Die Rahnertekamp. In der Angelegenheit betr. die Rahnertekamp. Die Rahnertekamp.

Die Rahnertekamp: Die Rahnertekamp. In der Angelegenheit betr. die Rahnertekamp. Die Rahnertekamp.

Die Rahnertekamp: Die Rahnertekamp. In der Angelegenheit betr. die Rahnertekamp. Die Rahnertekamp.

Die Rahnertekamp: Die Rahnertekamp. In der Angelegenheit betr. die Rahnertekamp. Die Rahnertekamp.

Die Rahnertekamp: Die Rahnertekamp. In der Angelegenheit betr. die Rahnertekamp. Die Rahnertekamp.

Die Rahnertekamp: Die Rahnertekamp. In der Angelegenheit betr. die Rahnertekamp. Die Rahnertekamp.

Die Rahnertekamp: Die Rahnertekamp. In der Angelegenheit betr. die Rahnertekamp. Die Rahnertekamp.

Die Rahnertekamp: Die Rahnertekamp. In der Angelegenheit betr. die Rahnertekamp. Die Rahnertekamp.

Die Rahnertekamp: Die Rahnertekamp. In der Angelegenheit betr. die Rahnertekamp. Die Rahnertekamp.

ausreichend mit Strom versorgen. Es wird außerdem am Bau und am Betrieb der projektierten Gatz-Zellwerke herangezogen beteiligt sein.

* Braunkohlen-Industrie-A.G. „Juniata“ in Weismann. Eine a. G. S. S. liegen folgende Angaben: Der Aufsichtsrat besteht aus 11 Mitgliedern, darunter 6 Deutsche, 3 Amerikaner und 2 Engländer. Die Aktienkapitalien betragen bis zum 31. März 1922 15,5 Millionen Mark, davon 4 Mill. Mark einzahlbare, in 200.000 Aktien zu je 75 Mark, kumulative 8.5 Mill. Mark, in 110.000 Aktien zu je 75 Mark, und 2.5 Mill. Mark, in 33.333 Aktien zu je 75 Mark, als Vorzugskapital. Die Dividende betrug 1921 10 Prozent.

* Das Steinfeldenerbergwerk Gesellschaft Carus in Weismann. Die Generalversammlung der Gesellschaft vom 2. März 1922 hat folgende Beschlüsse gefasst: Der Aufsichtsrat besteht aus 11 Mitgliedern, darunter 6 Deutsche, 3 Amerikaner und 2 Engländer. Die Aktienkapitalien betragen bis zum 31. März 1922 15,5 Millionen Mark, davon 4 Mill. Mark einzahlbare, in 200.000 Aktien zu je 75 Mark, kumulative 8.5 Mill. Mark, in 110.000 Aktien zu je 75 Mark, und 2.5 Mill. Mark, in 33.333 Aktien zu je 75 Mark, als Vorzugskapital. Die Dividende betrug 1921 10 Prozent.

Industrie

* „Glimmerhütten“ Richard Gustav Matthes, A.-G. in Magdeburg. Die Generalversammlung der Gesellschaft vom 2. März 1922 hat folgende Beschlüsse gefasst: Der Aufsichtsrat besteht aus 11 Mitgliedern, darunter 6 Deutsche, 3 Amerikaner und 2 Engländer. Die Aktienkapitalien betragen bis zum 31. März 1922 15,5 Millionen Mark, davon 4 Mill. Mark einzahlbare, in 200.000 Aktien zu je 75 Mark, kumulative 8.5 Mill. Mark, in 110.000 Aktien zu je 75 Mark, und 2.5 Mill. Mark, in 33.333 Aktien zu je 75 Mark, als Vorzugskapital. Die Dividende betrug 1921 10 Prozent.

* Thüringische Rohle- und Stahlwerke AG, Rudolfsberg u. G. S. S. Die Generalversammlung der Gesellschaft vom 2. März 1922 hat folgende Beschlüsse gefasst: Der Aufsichtsrat besteht aus 11 Mitgliedern, darunter 6 Deutsche, 3 Amerikaner und 2 Engländer. Die Aktienkapitalien betragen bis zum 31. März 1922 15,5 Millionen Mark, davon 4 Mill. Mark einzahlbare, in 200.000 Aktien zu je 75 Mark, kumulative 8.5 Mill. Mark, in 110.000 Aktien zu je 75 Mark, und 2.5 Mill. Mark, in 33.333 Aktien zu je 75 Mark, als Vorzugskapital. Die Dividende betrug 1921 10 Prozent.

* Thüringische Rohle- und Stahlwerke AG, Rudolfsberg u. G. S. S. Die Generalversammlung der Gesellschaft vom 2. März 1922 hat folgende Beschlüsse gefasst: Der Aufsichtsrat besteht aus 11 Mitgliedern, darunter 6 Deutsche, 3 Amerikaner und 2 Engländer. Die Aktienkapitalien betragen bis zum 31. März 1922 15,5 Millionen Mark, davon 4 Mill. Mark einzahlbare, in 200.000 Aktien zu je 75 Mark, kumulative 8.5 Mill. Mark, in 110.000 Aktien zu je 75 Mark, und 2.5 Mill. Mark, in 33.333 Aktien zu je 75 Mark, als Vorzugskapital. Die Dividende betrug 1921 10 Prozent.

* Thüringische Rohle- und Stahlwerke AG, Rudolfsberg u. G. S. S. Die Generalversammlung der Gesellschaft vom 2. März 1922 hat folgende Beschlüsse gefasst: Der Aufsichtsrat besteht aus 11 Mitgliedern, darunter 6 Deutsche, 3 Amerikaner und 2 Engländer. Die Aktienkapitalien betragen bis zum 31. März 1922 15,5 Millionen Mark, davon 4 Mill. Mark einzahlbare, in 200.000 Aktien zu je 75 Mark, kumulative 8.5 Mill. Mark, in 110.000 Aktien zu je 75 Mark, und 2.5 Mill. Mark, in 33.333 Aktien zu je 75 Mark, als Vorzugskapital. Die Dividende betrug 1921 10 Prozent.

* Thüringische Rohle- und Stahlwerke AG, Rudolfsberg u. G. S. S. Die Generalversammlung der Gesellschaft vom 2. März 1922 hat folgende Beschlüsse gefasst: Der Aufsichtsrat besteht aus 11 Mitgliedern, darunter 6 Deutsche, 3 Amerikaner und 2 Engländer. Die Aktienkapitalien betragen bis zum 31. März 1922 15,5 Millionen Mark, davon 4 Mill. Mark einzahlbare, in 200.000 Aktien zu je 75 Mark, kumulative 8.5 Mill. Mark, in 110.000 Aktien zu je 75 Mark, und 2.5 Mill. Mark, in 33.333 Aktien zu je 75 Mark, als Vorzugskapital. Die Dividende betrug 1921 10 Prozent.

* Thüringische Rohle- und Stahlwerke AG, Rudolfsberg u. G. S. S. Die Generalversammlung der Gesellschaft vom 2. März 1922 hat folgende Beschlüsse gefasst: Der Aufsichtsrat besteht aus 11 Mitgliedern, darunter 6 Deutsche, 3 Amerikaner und 2 Engländer. Die Aktienkapitalien betragen bis zum 31. März 1922 15,5 Millionen Mark, davon 4 Mill. Mark einzahlbare, in 200.000 Aktien zu je 75 Mark, kumulative 8.5 Mill. Mark, in 110.000 Aktien zu je 75 Mark, und 2.5 Mill. Mark, in 33.333 Aktien zu je 75 Mark, als Vorzugskapital. Die Dividende betrug 1921 10 Prozent.

* Thüringische Rohle- und Stahlwerke AG, Rudolfsberg u. G. S. S. Die Generalversammlung der Gesellschaft vom 2. März 1922 hat folgende Beschlüsse gefasst: Der Aufsichtsrat besteht aus 11 Mitgliedern, darunter 6 Deutsche, 3 Amerikaner und 2 Engländer. Die Aktienkapitalien betragen bis zum 31. März 1922 15,5 Millionen Mark, davon 4 Mill. Mark einzahlbare, in 200.000 Aktien zu je 75 Mark, kumulative 8.5 Mill. Mark, in 110.000 Aktien zu je 75 Mark, und 2.5 Mill. Mark, in 33.333 Aktien zu je 75 Mark, als Vorzugskapital. Die Dividende betrug 1921 10 Prozent.

* Thüringische Rohle- und Stahlwerke AG, Rudolfsberg u. G. S. S. Die Generalversammlung der Gesellschaft vom 2. März 1922 hat folgende Beschlüsse gefasst: Der Aufsichtsrat besteht aus 11 Mitgliedern, darunter 6 Deutsche, 3 Amerikaner und 2 Engländer. Die Aktienkapitalien betragen bis zum 31. März 1922 15,5 Millionen Mark, davon 4 Mill. Mark einzahlbare, in 200.000 Aktien zu je 75 Mark, kumulative 8.5 Mill. Mark, in 110.000 Aktien zu je 75 Mark, und 2.5 Mill. Mark, in 33.333 Aktien zu je 75 Mark, als Vorzugskapital. Die Dividende betrug 1921 10 Prozent.

* Thüringische Rohle- und Stahlwerke AG, Rudolfsberg u. G. S. S. Die Generalversammlung der Gesellschaft vom 2. März 1922 hat folgende Beschlüsse gefasst: Der Aufsichtsrat besteht aus 11 Mitgliedern, darunter 6 Deutsche, 3 Amerikaner und 2 Engländer. Die Aktienkapitalien betragen bis zum 31. März 1922 15,5 Millionen Mark, davon 4 Mill. Mark einzahlbare, in 200.000 Aktien zu je 75 Mark, kumulative 8.5 Mill. Mark, in 110.000 Aktien zu je 75 Mark, und 2.5 Mill. Mark, in 33.333 Aktien zu je 75 Mark, als Vorzugskapital. Die Dividende betrug 1921 10 Prozent.

* Thüringische Rohle- und Stahlwerke AG, Rudolfsberg u. G. S. S. Die Generalversammlung der Gesellschaft vom 2. März 1922 hat folgende Beschlüsse gefasst: Der Aufsichtsrat besteht aus 11 Mitgliedern, darunter 6 Deutsche, 3 Amerikaner und 2 Engländer. Die Aktienkapitalien betragen bis zum 31. März 1922 15,5 Millionen Mark, davon 4 Mill. Mark einzahlbare, in 200.000 Aktien zu je 75 Mark, kumulative 8.5 Mill. Mark, in 110.000 Aktien zu je 75 Mark, und 2.5 Mill. Mark, in 33.333 Aktien zu je 75 Mark, als Vorzugskapital. Die Dividende betrug 1921 10 Prozent.

* Thüringische Rohle- und Stahlwerke AG, Rudolfsberg u. G. S. S. Die Generalversammlung der Gesellschaft vom 2. März 1922 hat folgende Beschlüsse gefasst: Der Aufsichtsrat besteht aus 11 Mitgliedern, darunter 6 Deutsche, 3 Amerikaner und 2 Engländer. Die Aktienkapitalien betragen bis zum 31. März 1922 15,5 Millionen Mark, davon 4 Mill. Mark einzahlbare, in 200.000 Aktien zu je 75 Mark, kumulative 8.5 Mill. Mark, in 110.000 Aktien zu je 75 Mark, und 2.5 Mill. Mark, in 33.333 Aktien zu je 75 Mark, als Vorzugskapital. Die Dividende betrug 1921 10 Prozent.

* Thüringische Rohle- und Stahlwerke AG, Rudolfsberg u. G. S. S. Die Generalversammlung der Gesellschaft vom 2. März 1922 hat folgende Beschlüsse gefasst: Der Aufsichtsrat besteht aus 11 Mitgliedern, darunter 6 Deutsche, 3 Amerikaner und 2 Engländer. Die Aktienkapitalien betragen bis zum 31. März 1922 15,5 Millionen Mark, davon 4 Mill. Mark einzahlbare, in 200.000 Aktien zu je 75 Mark, kumulative 8.5 Mill. Mark, in 110.000 Aktien zu je 75 Mark, und 2.5 Mill. Mark, in 33.333 Aktien zu je 75 Mark, als Vorzugskapital. Die Dividende betrug 1921 10 Prozent.

Bergbau

Reichsrat. Der Reichsrat vom 4. d. Mts. verabschiedet die Beschlüsse betreffend die Zusammenfassung der Reichsministerien und der Reichsministerien.

Reichsrat. Der Reichsrat vom 4. d. Mts. verabschiedet die Beschlüsse betreffend die Zusammenfassung der Reichsministerien und der Reichsministerien.

Reichsrat. Der Reichsrat vom 4. d. Mts. verabschiedet die Beschlüsse betreffend die Zusammenfassung der Reichsministerien und der Reichsministerien.

Reichsrat. Der Reichsrat vom 4. d. Mts. verabschiedet die Beschlüsse betreffend die Zusammenfassung der Reichsministerien und der Reichsministerien.

Reichsrat. Der Reichsrat vom 4. d. Mts. verabschiedet die Beschlüsse betreffend die Zusammenfassung der Reichsministerien und der Reichsministerien.

Reichsrat. Der Reichsrat vom 4. d. Mts. verabschiedet die Beschlüsse betreffend die Zusammenfassung der Reichsministerien und der Reichsministerien.

Reichsrat. Der Reichsrat vom 4. d. Mts. verabschiedet die Beschlüsse betreffend die Zusammenfassung der Reichsministerien und der Reichsministerien.

Reichsrat. Der Reichsrat vom 4. d. Mts. verabschiedet die Beschlüsse betreffend die Zusammenfassung der Reichsministerien und der Reichsministerien.

Reichsrat. Der Reichsrat vom 4. d. Mts. verabschiedet die Beschlüsse betreffend die Zusammenfassung der Reichsministerien und der Reichsministerien.

Reichsrat. Der Reichsrat vom 4. d. Mts. verabschiedet die Beschlüsse betreffend die Zusammenfassung der Reichsministerien und der Reichsministerien.

Goldmarkt und Banken

* Diskontokurs. Die Diskontokurse sind in den letzten Tagen wieder auf 10 Prozent gestiegen.

* Wechselkurs. Der Wechselkurs der Reichsmark gegenüber dem Dollar ist in den letzten Tagen wieder auf 20 Reichsmark gestiegen.

* Bankkurse. Die Kurse der Reichsbank und der anderen Banken sind in den letzten Tagen wieder auf 100 Prozent gestiegen.

* Goldmarkt. Der Goldmarkt ist in den letzten Tagen wieder auf 100 Reichsmark gestiegen.

* Banken. Die Banken sind in den letzten Tagen wieder auf 100 Prozent gestiegen.

* Wechselkurs. Der Wechselkurs der Reichsmark gegenüber dem Dollar ist in den letzten Tagen wieder auf 20 Reichsmark gestiegen.

* Bankkurse. Die Kurse der Reichsbank und der anderen Banken sind in den letzten Tagen wieder auf 100 Prozent gestiegen.

* Goldmarkt. Der Goldmarkt ist in den letzten Tagen wieder auf 100 Reichsmark gestiegen.

Vertical text on the right edge of the page, likely from an adjacent page or a scanning artifact.